

Die Zukunft der Arbeit ist die Arbeit an den Menschen

Friedhelm Hengsbach SJ., Frankfurt am Main

Vor fünfzig Jahren hat Hannah Arendt die Ahnung ausgesprochen: "Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?"¹

Inzwischen ist eine verfestigte Massenarbeitslosigkeit mit Episoden einer abnehmenden Zahl offener Stellen nicht nur eine verhängnisvolle Vorahnung, sondern bedrohliche Wirklichkeit. Daran ändern weder die erfolglosen Verheißungen der Regierenden etwas, dass sie in wenigen Jahren die Arbeitslosigkeit verringern, halbieren oder ganz beseitigen werden, noch die aktuellen Erfolgsmeldungen, dass die Signale des Arbeitsmarkts auf Entwarnung stehen. Von den während eines halben Jahres registrierten Abgängen aus der Arbeitslosigkeit landen gerade mal 6% in einer regulären Beschäftigung; nach einem Jahr sind es nicht einmal mehr 2%, die darin geblieben sind. Von den neu geschaffenen Arbeitsplätzen sind 50% prekäre Arbeitsverhältnisse - Teilzeitarbeit, Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung. Gleichzeitig verharrt eine halbe Million Jugendlicher in Warteschleifen, die ein Parallel-Universum aus unfreiwilliger Berufsschule, Berufsvorbereitung oder Praktikum jenseits des Ausbildungssystems darstellen. Ist auf Grund dieser Art wirtschaftlicher Belegung ohne sichere Arbeitsplätze und angemessenes Einkommen mit der Aussicht einer drohenden wirtschaftlichen Stagnation, die der Immobilien- und Hypothekenkrise in den USA folgt, der Schluss berechtigt, dass das Ende der Erwerbsarbeit in Sicht ist? Ich denke, Nein.

1. Ein Ende der Erwerbsarbeit ist nicht in Sicht.

Die Entwicklung der Produktivität in der Landwirtschaft und in der Industrie scheint dem Auftreten von Propheten, die das "Ende der Arbeit" ankündigen, den Boden zu bereiten. Tatsächlich mussten vor mehr als 100 Jahren neun Bauern arbeiten, um einen Nichtbauern mit zu ernähren. Heutzutage dagegen kann ein Bauer 88 Nichtbauern mit ernähren. In der Automobilindustrie kann innerhalb von zehn Jahren die Belegschaft auf ein Drittel reduziert werden, ohne dass die Zahl der Autos, die das Band verlassen, geringer wird.

1.1 Endzeitpropheten

Daraus folgert Jeremy Rifkin, dass es zweifelhaft sei, ob wir im nächsten Jahrhundert noch arbeitende Menschen brauchen. Horst Afheldt ist davon überzeugt, dass ein globaler Arbeitsmarkt unter Einschluss der Bevölkerungsmassen der dritten Welt die menschliche Arbeit "billig wie Dreck" werden lasse. Ulrich Beck sieht die Welt auf einen "Kapitalismus ohne Arbeit" zulaufen. Ralf Darendorf findet, dass Vollbeschäftigung unerreichbar und überflüssig sei, während Meinhard Miegel sie für eine "sozialromantische Utopie" hält. André Gorz sah endlich das Reich der Freiheit anbrechen, da die abhängige Lohnarbeit in selbstbestimmte Tätigkeiten mit aufrechtem Gang überführt wird. Götz Werner hält es daraufhin für folgerichtig, Arbeit und Einkommen zu entkoppeln und ein bedingungsloses Grundeinkommen anzubieten. Wissenschaftliche Studien scheinen zu belegen, dass auf

Grund der rasanten Produktivitätsentwicklung in den reifen Industrieländern eine kleine Elite qualifizierter, hoch entlohnter Wissensarbeiter ausreiche, um die Bevölkerung mit den nachgefragten Industriegütern zu versorgen. Da die Mehrheit der jetzt noch Beschäftigten für solche Arbeiten untauglich und allenfalls geeignet sei, einfache und niedrig entlohnte Dienste zu verrichten, verschwinde in den entwickelten Ländern Europas nicht jede Erwerbsarbeit, wohl aber diejenige, die durch den Einsatz von Wissen und Kapital überflüssig wird, oder die den hohen Ansprüchen einer Bevölkerung nicht gerecht wird, die einfache, niedrig entlohnte Dienste als anmaßend bzw. als entwürdigend empfindet.²

1.2 Leben unter den Verhältnissen

Ein Ende der Erwerbsarbeit ist meiner Meinung nach nicht in Sicht. Denn die Mehrheit der Arbeitslosen betrachtet den Ausschluss aus der Erwerbsarbeit nicht als kreative Chance selbstbestimmten Lebens. Sie wollen eine angemessene Beteiligung am gesellschaftlichen Leben durch sinnvolle, anerkannte Erwerbsarbeit. Das egalitäre Versprechen der modernen Arbeitsgesellschaft hat immerhin ein starkes normatives Gewicht, indem es jedem ihrer Mitglieder die praktische Chance bietet und zutraut, den Lebensunterhalt zunächst durch eigene Arbeit zu erwerben. Außerdem sind doch die Ressourcen vorhanden, dieses Versprechen einzulösen und das "Menschenrecht auf Arbeit"³ jedem, der dazu fähig und bereit ist, anzuerkennen. Der kollektive Adressat dieses wirtschaftlich-sozialen Grundrechts, das Arbeitssuchende einklagen können, wird in der römischen Sozialverkündung in den "Begriff des mittelbaren Arbeitgebers"⁴ gefasst. Damit sind die für die Beschäftigungspolitik verantwortlichen Institutionen und Akteure gemeint. Die Erwerbsarbeit bleibt auf absehbare Zeit der Hauptschlüssel wirtschaftlichen Wohlstands und gesellschaftlicher Beteiligung. Und schließlich wäre mit dem Verzicht auf die Produktivitäts- und Wohlstandsgewinne einer arbeitsteilig, erwerbswirtschaftlich und geldwirtschaftlich organisierten Arbeit ein Verlust an Lebensqualität verbunden.

Darüber hinaus lebt die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nicht über, sondern unter ihren Verhältnissen. Es existieren unzählige vitale Bedürfnisse, die nicht befriedigt sind. Etwa der Wunsch nach einem eigenständigen Leben, nach gelingenden Partnerschaften auch mit Kindern, nach einer autonomen Verfügung über die Arbeits- und Lebenszeit. Neben den privaten, nicht befriedigten vitalen Bedürfnissen gibt es eine Menge unerledigter öffentlicher Aufgaben. Derzeit verfallen öffentliche Einrichtungen, weil angeblich die Finanzmittel fehlen, sie zu unterhalten. Bibliotheken, Schwimmbäder, Straßen, die Infrastruktur der Kanalisation verrotten. Kinderfreundliche Städte bleiben ein Wunschtraum von Architekten und Stadtplanern. Die deutsche Gesellschaft verschleißt das Arbeitsvermögen, ihre kostbarste Ressource, statt es zu kultivieren und zu veredeln. Man hat ausgerechnet, dass durch die Massenarbeitslosigkeit auf eine jährliche Wertschöpfung im Volumen von 200-250 Mrd € verzichtet wird.

2. Es gibt Perspektiven zukünftiger Wertschöpfung und Arbeit

Die Defizite an Lebensqualität der Mehrheit der Bevölkerung sind die Folgen struktureller Bruchlinien, die sich durch traditionelle Denkmuster und politische Optionen verfestigt haben.

2.1 Sozio-ökonomische Bruchlinien

Einer beispiellosen Exportdynamik, die das Leistungspotential und die globale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft sowie das Bemühen der politischen Klasse bestätigt, die Interessen der Exportindustrie zu bedienen, steht eine seit Jahren stagnierende Nachfrage auf den Binnenmärkten gegenüber. Die sinkenden oder stagnierenden Einzelhandelsumsätze spiegeln die schwache Entwicklung der Masseneinkommen und Renten. Eine hochgeschätzte und komfortabel entlohnte Industriearbeit, dem das Ausbildungssystem dient, existiert gleichzeitig mit einer abgewerteten und gering entlohnten personenbezogenen Arbeit im Gesundheits-, Bildungs- und Pflegebereich. Den Finanzierungsdefiziten der öffentlichen Haushalte, die durch die verfestigte Massenarbeitslosigkeit, die deutsche Einigung und die Steuerpolitik mit verursacht sind, korrespondiert eine außergewöhnliche und hoch konzentrierte Geldvermögensbildung privater Haushalte. Industriezweige, die in Deutschland verwurzelt sind, setzen auf Grund der hohen Produktivitätsrate zunehmend Arbeitskräfte frei, die nicht hinreichend vom tertiären Sektor oder von den Sektoren sozialer Dienste aufgenommen werden. Die Erwerbs- und Lebenschancen von Frauen bleiben erheblich hinter denen der männlichen Kollegen und Partner zurück. Und ein hegemonial kapitalistischer Finanzstil verdrängt tendenziell Kreditbeziehungen und personelle Verflechtungen zwischen Unternehmen durch anonyme Wertpapiermärkte, bestimmt den Wert eines Unternehmens durch zukünftige (kurzfristige) Zahlungsströme, die vom Markterfolg losgelöst sind, orientiert die Geschäftspolitik der Manager erstrangig an den Renditeansprüchen der Kapitaleigner und verengt das Unternehmen auf eine Vermögensmasse in den Händen von Großaktionären.⁵

2.2 Das Zeitalter des Arbeitsvermögens

Es ist auffallend, wie Beraterfirmen dazu übergehen, die Manager moderner Unternehmen im Sektor Banken und Versicherungen darauf hinzuweisen, dass sie das Arbeitsvermögen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht bloß als Kostenfaktor sondern als kostbare Ressource der Wertschöpfung, also dem Kapital vergleichbar als Investitionsgut zu betrachten hätten. Diese Sichtweise entspricht der Aussage des französischen Ökonomen Daniel Cohen, der die gegenwärtige Umbruchphase der Arbeitsbeziehungen als Schwelle zum Zeitalter des Arbeitsvermögens bezeichnet hat.⁶ Dass die Industriegesellschaften an eine Schwelle geraten sind, lässt sich an den strukturellen Veränderungen der Beschäftigung ablesen: Während der Anteil der mit der Herstellung von Industriewaren Beschäftigten an der gesamten Beschäftigung abnimmt, steigt der Anteil der mit Dienstleistungen Beschäftigten an. Darin spiegeln sich die Veränderungen des Verbraucherverhaltens: diese geben einen tendenziell geringeren Anteil ihrer Einkommen für Nahrungsmittel und Industriegüter aus, einen tendenziell steigenden Anteil für Dienstleistungen.⁷ Schließlich treten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in die Unternehmen ein, die eine qualifizierte Ausbildung erlangt haben und mit einem demokratischen Lebensstil vertraut sind, der ihnen die Kompetenz der Beteiligung und Zivilcourage vermittelt hat, so dass sie sich von ihren Vorgesetzten nicht als bloße Befehlsempfänger behandeln lassen.

Die Mentalitätsänderung bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie bei Kundinnen und Kunden fördert allgemein die Einsicht, dass Arbeit kein Gut ist wie viele andere, die ausschließlich den Gesetzen von Angebot und Nachfrage unterliegen. Zwar neigen marktradikale wirtschaftsliberale Ökonomen dazu, die menschliche Arbeit als eine Ware zu

betrachten. Sie meinen, die Rede vom "Arbeitsmarkt" und von den "Arbeitsmarktparteien" gebe ihnen Recht. Kein Unternehmer würde Arbeit einkaufen, wenn ihr Wert nicht über dem Preis liegt, den er dafür bezahlt. Und der Arbeiter oder die Arbeiterin würden nüchtern den Nachteil des Freizeitverlustes und den Vorteil des zusätzlichen Erwerbseinkommens abwägen. Wieso sollten in einer Marktwirtschaft für das Gut Arbeit andere Funktionsregeln gelten als für Nahrungsmittel, Kühlschränke oder Aktienpakete? Dass der Mensch mit der gleichen Beschleunigung aus dem Fenster fällt wie ein Blumentopf, habe bisher keinen Vertreter der evangelischen Soziallehre erregt. Solange gegen Naturgesetze kein Einspruch erhoben wird, sei eine kommerzielle Bewertung des Arbeitsvermögens nicht entwürdigend.⁸

Nun könnte bereits die Tatsache, dass Feuerwehrleute für einen Blumentopf kein Sprungtuch aufspannen, für einen Menschen aber wohl, nachdenklich machen, ob der Vergleich passt und die Argumentation schlüssig ist. Dagegen sprechen drei Gründe: Erstens ist das Gut Arbeit etwas Persönliches. Es kann nicht vom Subjekt der Arbeit getrennt werden. Außerdem ist der Arbeitgeber nicht an der Verfügung über eine isolierte Arbeitsleistung interessiert, die er auf Knopfdruck abrufen kann, sondern an dem Arbeitsvermögen, das er für eine vielseitige Verwendung in Anspruch nehmen kann. Folglich muss sich der Arbeitende selbst, damit sein Arbeitsvermögen zum Nutzen des Arbeitgebers eingesetzt werden kann, einem fremden Willen unterwerfen. Zweitens ist die Arbeit für das Subjekt der Arbeit etwas Notwendiges. Er hat nichts anderes als sein Arbeitsvermögen anzubieten, um durch dessen Verkauf den Lebensunterhalt zu erwerben. Im Unterschied zum Vertragspartner, der als Kapitaleigner über zusätzliche Vermögen verfügt, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, kann er selbst nicht warten und steht unter Kontrahierungszwang. Drittens sind die zweidimensionalen Erklärungen der Arbeitsverhältnisse sowohl auf Seiten der Unternehmer als auch auf Seiten der abhängig Beschäftigten ziemlich realitätsfremd. Denn ein ganzes Bündel subjektiver Motive leitet das Interesse der Menschen an der Erwerbsarbeit. Und die Arbeitsverhältnisse sind "unvollständige Verträge", deren Inhalt nicht detailliert und schriftlich fixiert ist. Deren wirtschaftliche Logik bleibt in kommunikative Beziehungen eingebettet.

2.3 Personennahe Dienste

Wo liegen nun die Perspektiven für zusätzliche Felder der Wertschöpfung und gesellschaftlich nützlicher Erwerbsarbeit? Sie liegen jenseits der Industrie-, Export- und Konzernwirtschaft. Viele denken an den tertiären Sektor, also Banken, Versicherungen, Bahn, Post und hochwertige Industriegüter, die in Dienste des Design und Marketing "verpackt" sind. Andere meinen einfache Dienste im Haushalt oder im Unternehmen - wie Eintüten an der Kasse, Schuhe putzen am Bahnhof, Rasen mähen im Park, Hemden bügeln, Auto waschen oder Einkaufen.⁹ Daniel Cohen dagegen meint jedoch in erster Linie die "Arbeit an den Menschen", wenn er von der Zukunft der Arbeit spricht.¹⁰ Es sind die Arbeiten in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung, soziale Betreuung, Kultur, Sport und Freizeitgestaltung.

Solche personennahen Dienste sind nicht speicherfähig wie Industriewaren. Diejenigen, die sie in Anspruch nehmen, und diejenigen, die sie anbieten, müssen zum gleichen Zeitpunkt

kooperieren und voneinander lernen; wenn die Schülerinnen und Patienten nicht mitmachen, läuft die Anstrengung des Lehrers oder der Ärztin ins Leere. Das Ergebnis personennaher Dienste ist etwa ein aufrechter Gang, eine eigenständige Lebensführung oder eine Änderung des Lebensstils. Die Wertschöpfung personennaher Dienste ist von der Kaufkraft derer, die sie nachfragen, von einem gesellschaftlich festgestellten Bedarf und von der Kompetenz derer, die sie anbieten, abhängig. Solche Kompetenzen müssen erst noch ausgebildet werden. Während in der industriellen Konsumgesellschaft die Kompetenzen des Wiegens, Zählens, Messens gefragt waren, sind in der kulturellen Dienstleistungsgesellschaft die Kompetenzen des Helfens, Heilens, Beratens und Spielens wertvoll. Personennahe Dienste sind überwiegend den "Vertrauensgütern" zuzuordnen. Zwischen denen, die sie anbieten, und denen, die sie in Anspruch nehmen, besteht ein ungleiches Verhältnis der Kompetenz. Die Nachfragenden sind darauf angewiesen, denen zu vertrauen, die diese Dienste anbieten. So gibt es bereits gute ökonomische Gründe dafür, diese Güter öffentlich bereitzustellen. Darüber hinaus gilt der Zugang zu solchen Gütern als verfassungsfestes Grundrecht. Das medizinisch Notwendige oder eine Grundbildung, die reale Chancengleichheit verbürgt, soll jeder Bürgerin und jedem Bürger unabhängig von ihrer Kaufkraft zugänglich sein. Daraus ergeben sich Folgen für die Finanzierung. Ein Grundbestand solcher Dienste muss öffentlich bereit gestellt werden. Folglich ist der Staat verpflichtet, sich die Finanzmittel zu beschaffen, um die Grundversorgung von Gesundheits- und Bildungsgütern zu garantieren. Die Zusatzversorgung kann privat- und marktwirtschaftlich organisiert werden.

Die spezifische Qualität personennaher Dienste lässt sich weder unter Zeitdruck und Stress noch mit unterdurchschnittlicher Entlohnung herstellen, wie sie derzeit in Krankenhäusern, Schulen und in der Sozialen Arbeit zu beobachten sind. Kompetentes Arbeitsvermögen wird so durch unangemessene Steuerungsverfahren entwertet. Der Qualitätsmaßstab einer Arbeit an Menschen folgt anderen Kriterien, als sie sich in der Industrie bewährt haben. Die Qualität personennaher Dienste kann weder von außen abgelesen noch intern von oben normiert werden. Sie sollte durch eine gemeinsame Verständigung gewonnen werden, indem das Arbeitsteam selbst bei der Festlegung von Qualitätskriterien aktiv beteiligt ist ¹¹.

2.4 Jenseits der Erwerbsarbeit

Auf absehbare Zeit bleibt die Erwerbsarbeit für alle diejenigen, die arbeiten wollen und können, der Schlüssel gesellschaftlicher Integration. Aber sie ist nicht der einzige Schlüssel und auch nicht die einzige beschäftigungspolitische Zielmarke. Neben der Erwerbsarbeit sind die private Beziehungsarbeit und das zivilgesellschaftliche Engagement gleich wichtig und gleichrangig. Die ausschließliche Fixierung der Gesellschaft auf die Erwerbsarbeit ist krankhaft. Indem Frauen gleichgestellte und autonome Lebens- und Erwerbschancen für sich beanspruchen, ist es angemessen, dass Männer die überdehnte Identifizierung mit der Erwerbsarbeit relativieren und den ihnen zukommenden Teil an privater Erziehungsarbeit übernehmen. Darin könnten sie einen Gewinn an Lebensqualität entdecken. Folglich ist die öffentliche Debatte über die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kindererziehung, die ausschließlich an die Frauen adressiert wird, ohne dass die Männer sich davon berühren lassen, fehlgeleitet. Die drei gleich notwendigen und nützlichen Arbeitsformen - die

Erwerbsarbeit, die private Betreuungsarbeit und das zivilgesellschaftliches Engagement - müssen fair auf die beiden Geschlechter verteilt werden. Die finanzielle Absicherung könnte zum einen durch Arbeits- und Kapitaleinkommen, zum anderen durch Transfereinkommen erfolgen. Gesellschaftliche Anerkennung bedarf nämlich einer monetären Ausdrucksform. Allen Eltern sollte das Recht auf eine Ganztagsbetreuung der Kinder, die das erste Lebensjahr erreicht haben, eingeräumt werden. Sie sollten auch das Recht auf Teilzeitarbeit haben - ohne drastische Einkommensverluste. Und Väter sollten verpflichtet werden, einen angemessenen Anteil an Elternzeit, die nicht auf die Frau übertragbar ist, in Anspruch zu nehmen.

3. Eine arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik ist angezeigt.

Die Perspektiven einer zukünftigen Wertschöpfung und Arbeit sind als Forderungen an die politischen Akteure adressiert, dass sie sich zu einer arbeitsorientierten Wirtschaftspolitik entschließen. Diese Akteure bilden ein politisches Netzwerk, das aus staatlichen Entscheidungsträgern, Sozialpartnern und Unternehmen besteht, die Eigentümer der Produktionsmittel sind, über diese oder über die Macht verfügen, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.

3.1 Abkehr von einer fehlgesteuerten Arbeitsmarktpolitik

Die kontroverse Diskussion über den Erfolg der angeblichen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen dauert an. Zwar versuchen die Parteien der Großen Koalition, die wirtschaftliche Belebung der Agenda 2010 Gerhard Schröders und den Hartz-Gesetzen zuzurechnen. Der Zusammenhang zwischen der konjunkturellen Erholung in Deutschland und den außenwirtschaftlichen Einflüssen bzw. dem Anstieg der Investitionstätigkeit ist auf Grund der ermittelten Zeitreihen derart beeindruckend, dass die herkömmlichen neoklassischen Denkmuster weder eine überzeugende Erklärung der Arbeitslosigkeit noch der Belebung des Arbeitsmarktes bieten. Deren Anhänger leiden an dem blinden Fleck eines dreifach verstellten Mikroblicks. Sie führen die Massenarbeitslosigkeit auf individuelles Versagen, nämlich fehlende Motivation oder mangelhafte Qualifikation zurück. Sie sind einzig der betriebswirtschaftlichen Logik verhaftet. Was für ein einzelnes Unternehmen vorteilhaft ist, behaupten sie, liege im Interesse der ganzen Volkswirtschaft. Und sie erblicken im (seltsamerweise in der Einzahl genannten) Arbeitsmarkt die Stellgröße für mehr Beschäftigung. Würden die strukturellen Verkrustungen, etwa der überzogene Kündigungsschutz, das angebliche Tarifkartell, die überhöhten Lohnforderungen sowie die infolge komfortabler Sozialleistungen fehlenden Anreize, einfache und niedrig entlohnte Erwerbsarbeiten zu übernehmen, beseitigt, könne - so ihre These - ein hoher Beschäftigungsgrad erreicht werden. Eine solche fast ausschließlich auf die Arbeitsmärkte fixierte Erklärung sozio-ökonomischer Krisen, während gleichzeitig der systemische Zusammenhang von Arbeits-, Güter- und Finanzmärkten ausgeblendet wird, ist unterkomplex. Es sprechen langjährige Erfahrungen der Nachkriegszeit und auch der derzeitige wirtschaftliche Aufschwung dafür, dass die Arbeitsmärkte abgeleitete Märkte sind, die mit einiger Verzögerung in Bewegung geraten, wenn sich vorher die Nachfrage auf den

Gütermärkten im Ausland oder im Inland kräftig belebt hat.

3.2 Abklingendes Privatisierungsfieber

Zum markanten Profil marktradikaler wirtschaftsliberaler Politik gehört die grundsätzliche Verdächtigung öffentlicher Einrichtungen und Güter als zu teuer, ineffizient und bürokratisch verkrustet. Aber eine solche Einstellung ist nicht weniger irrational als das Fieber der Privatisierung öffentlicher Aufgaben und Einrichtungen. "Öffentlich-Private Partnerschaft" wird von den Verfechtern des Marktes und der Privatwirtschaft als Heilmittel gegen die öffentliche Verschuldung und die binnenwirtschaftliche Stagnation empfohlen. Die Spielarten der Zusammenarbeit sind bunt und schillernd: Öffentliche Einrichtungen werden an Private verkauft, Gebäude werden von privaten Investoren errichtet und von der Kommune gemietet, Investoren kaufen städtische Betriebe und lassen sie von der Kommune zurück mieten, öffentliche Verwaltungen gliedern private Tochterfirmen aus, der Staat vergibt Lizenzen an private Betreiber. Stadtkämmerer und Finanzminister sehen bereits das Ziel schuldenfreier Haushalte nahen, Baufirmen und Elektrokonzerne erwarten zusätzliche Märkte in Sektoren, die ihnen bisher verschlossen waren. Zwar beeindruckt die Zusage, das neue Zusammenspiel sei bürgerfreundlicher, kostengünstiger und leistungsstärker. Aber bei näherem Hinsehen wurden die ursprünglichen Versprechen, etwa die Stabilität von Gas-, Strom- und Wasserpreisen nur mit Abstrichen eingehalten. Die auftretenden Kosten wurden häufig auf die Mitarbeiter abgewälzt, indem deren Arbeit verdichtet, der Lohn gekürzt und die Arbeitszeit verlängert wurden. Bei der Bahn, Post und Telekom war mitunter zu sehen, wie Leistungen, die allen Bürgern zugänglich waren, gestrichen wurden, während globale Expansion und selektive Bedienung kaufkräftiger Kunden zum höchsten Ziel aufrückten. Die meisten Verträge unterliegen der Geheimhaltung oder sind selbst für Abgeordnete, die entscheiden, undurchsichtig. Deshalb ist die Flucht der Privatfirmen aus der Haftung für Folgekosten normal. Nur wenn die Verträge auf gleicher Augenhöhe und öffentlich ausgehandelt werden, wenn die Kalkulation auch unter dem "langen Schatten der Zukunft" stimmt, wenn eine Sperrklinke gegen die Vermarktung menschlicher Arbeit eingebaut wird, und wenn gesellschaftliche Risiken weiterhin solidarisch abgesichert bleiben, kann verhindert werden, dass die öffentliche Hand über den Tisch gezogen wird. Diese bleibt nämlich dafür verantwortlich, dass Grundgüter wie Arbeit, Mindesteinkommen, Gesundheit, Bildung, Mobilität und Kommunikation allen Mitgliedern der Zivilgesellschaft unabhängig von ihrer Kaufkraft zugänglich bleiben. Ein solches allgemeines Zugangsrecht gehört zur Lebensqualität demokratischer Gesellschaften.¹²

3.3 Ein wirtschaftspolitisches Makro-Regime

Sozio-ökonomische Diagnosen und Therapien, die sich ausschließlich an der einzelwirtschaftlichen Rationalität orientieren, sind wenig geeignet, die komplexen Wirtschaftssysteme moderner Gesellschaften angemessen abzubilden. Eine arbeitsorientierte Wirtschaftspolitik ist erfolgreich, wenn ihren Akteuren die Koordination vier aggregierter Komponenten gelingt, nämlich der Politik außenwirtschaftlicher Absicherung sowie der Geld-, Einkommens- und Fiskalpolitik.¹³

Die *Regulierung der internationalen Finanzmärkte* hat nach den Turbulenzen, die von der Immobilien- und Hypothekenkrise in den USA ausgegangen sind und das weltwirtschaftliche Wachstum beeinträchtigt haben, eine hohe Priorität. Finanzkrisen gehören zum Kapitalismus wie das Wasser zum Meer. Die 1970er Jahre waren von irrationalen Wechselkursschwankungen geprägt, die 1980er Jahre von der Auslandsverschuldung der Schwellenländer. 1997 kam es zur Banken- und Währungskrise sowie zum Absturz der Wertpapierkurse in Asien, während 2000 die Spekulationsblase platzte, die durch die New Economy erzeugt worden war. Und 2007 konnten das Misstrauen der Finanzunternehmen gegenüber Risiken, die in angeblich innovativen Finanzdiensten und jenseits der Bankbilanzen in Zweckgesellschaften versteckt waren, und eine globale Kreditklemme nur durch gigantische Finanzierungshilfen und Liquiditätsspritzen der Notenbanken aufgelöst werden. Die Warnsignale destruktiver Finanzmärkte scheinen diesmal bei den politischen Entscheidungsträgern angekommen zu sein. Diese gebärden sich nicht mehr so ohnmächtig wie noch vor ein paar Jahren, weil sie es in Wirklichkeit nicht sind. Denn die gegenwärtige Lage auf den Finanzmärkten ist auch durch politische Entscheidungen mit verursacht. Folglich können sie sich dem Anspruch der Kapitaleigner widersetzen, die behaupten, dass die globalen Finanzmärkte quasi als "fünfte Gewalt" eine Wächterrolle in der Demokratie ausüben.¹⁴ Den staatlichen oder öffentlichen Organen, nationalen Regierungen, internationalen Institutionen und Vereinbarungen stehen hinreichende Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung. Mehr Transparenz hinsichtlich der nicht bilanzwirksamen verbrieften Kredite ist ein Teilaspekt verbesserter Aufsicht und Kontrolle, die sich auf die freien Bankzonen, die Eigentümerstrukturen börsennotierter Unternehmen, die wesentlichen Beteiligungen und hochspekulativen Fonds erstreckt. Öffentliche Finanzakteure könnten, falls sie koordiniert vorgehen, beispielsweise die Wechselkurse der Ankerwährungen stabilisieren, kurzfristige Finanzströme ausbremsen, die Aktienoptionen von Managern verbieten, Finanz- und Devisengeschäfte besteuern, kreditfinanzierte Aufkäufe von Unternehmen unterbinden, freie Bankzonen rigoros ausschalten, die steuerlichen Privilegien der Finanzinvestoren rückgängig machen, den öffentlichen Finanzunternehmen ihre unverzichtbare Rolle wieder zuweisen und sie in der Funktion lokaler und regionaler Kreditvergabe unterstützen.

Die *Geldpolitik* ist auf das zentrale Steuerungsmedium der Wirtschaft gerichtet. Deshalb sollte das von der Zentralbank bereit gestellte Geld die ihm zugewiesenen Funktionen, insbesondere die des Wertspeichers erfüllen. Weil diese Funktionen sowohl durch inflationäre als auch durch deflationäre Tendenzen bedroht sind, besteht die Kunst der Geldpolitik darin, beide Tendenzen zu unterbinden. Außerdem sollte die Geldpolitik einen Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung leisten. Sie sollte nicht zu restriktiv wirken, nicht dann schon Inflationsrisiken wittern, wenn diese noch nahezu ausgeschlossen sind. Außenwirtschaftliche Einflüsse können die Geldpolitik umso mehr disziplinieren, je schwächer die Währung eines Landes ist. Diese Gefahr bestand nicht für die D-Mark und besteht nicht für den Euro. Ein struktureller Leistungsbilanzüberschuss, den Deutschland sich über Jahre hinweg leistet, erzeugt Beschäftigungsprobleme in anderen Ländern, denen ein Leistungsbilanzdefizit zugemutet wird.

Die *Lohnpolitik* gilt als erste Adresse unter den kooperativen Partnern, auf die eine

Zentralbank angewiesen ist. Sie entlastet die Stabilitätspolitik der Zentralbank, indem die Lohnerhöhungen an der trendmäßigen Produktivitätsrate plus der Zielinflationsrate orientiert bleiben. Auch die Lohnpolitik kann in zweifacher Richtung dysfunktional sein und gegen das Ziel der Geldwertstabilität verstoßen, nämlich dann, wenn die Lohnsteigerungen deutlich unter der Stabilitätsnorm bleiben und deflationäre Prozesse auslösen, aber ebenso, wenn überhöhte Lohnforderungen die Zentralbank herausfordern, eine restriktive Geldpolitik zu betreiben und in der Folge Arbeitslosigkeit zu verursachen. Entregelte und flexible Arbeitsmärkte schaffen keine zusätzliche Beschäftigung, sobald sie inflationäre oder deflationäre Turbulenzen verursachen. Gerade betriebsbezogene Lohnabschlüsse in Krisenzeiten, die einer rein betriebswirtschaftlichen Logik folgen, können deflationäre Tendenzen erzeugen.

Die Fiskalpolitik sollte antizyklisch angelegt sein. Auf der Einnahmenseite sind konjunkturelle Schwankungen zuzulassen, auf der Ausgabenseite die öffentlichen Investitionen zu verstetigen. Da Budgetsalden aus Marktprozessen resultieren, sind Obergrenzen struktureutraler Budgetdefizite dysfunktional. Zyklusübergreifend sollten die laufenden Ausgaben den laufenden Einnahmen entsprechen. Kreditfinanzierte Investitionen sind unbedenklich, solange sie Einnahmen erzeugen.

Eine *makroökonomische Einkommenspolitik* beeinflusst in mehreren Dimensionen die Verteilung der in den Unternehmen erzeugten Wertschöpfung bzw. des Volkseinkommens. Die Lohnpolitik in der Regie der Tarifpartner ist davon nur ein Bestandteil, weil neben den Einkommensansprüchen der Arbeiter auch die der leitenden Angestellten, der Kapitaleigner, der Kommunen und des Staates sowie der natürlichen Umwelt zu berücksichtigen sind. Der gerechte Lohn beispielsweise könnte so definiert werden, dass ein Arbeiter ein Entgelt verdient, das den eigenen Lebensunterhalt und den seiner Familie gewährleistet. Allerdings setzt eine solche Definition den Ein-Ernährerhaushalt und die Hausfrauenehe voraus. Deshalb werden Unternehmen darauf bestehen, einen Leistungslohn zu zahlen und gerecht zu erachten. Die Definition einer individuellen wirtschaftlichen Leistung stößt jedoch an unüberwindliche Grenzen, weil die bewertete Leistung unter Marktbedingungen auch von der Kaufkraft derer abhängt, die eine Leistung nachfragen. In einem arbeitsteiligen Produktionsprozess ist die direkte Zurechnung eines individuellen Arbeitsbeitrags zu einem kollektiven Arbeitsergebnis gar nicht möglich. Auch ruht der ausgezahlte Lohn auf gesellschaftlichen Vorleistungen auf, ist folglich kein rein privates Gut. Und die faktische Lohnskala ist das Resultat kollektiver Verhandlungen, die durch politische Vorentscheidungen und gesellschaftliche Machtverhältnisse bestimmt sind.

Nicht nur um den "gerechten" Lohn, sondern auch um einen fairen Anteil des Staates an der unternehmerischen Wertschöpfung wird kontrovers verhandelt. Denn dieser ist der Anwalt des Gesellschaftsvermögens und des Naturvermögens, deren Nutzung den Unternehmen gestattet wird. Und schließlich sind die Einkommensansprüche der Kapitaleigner zu bedienen. Dass diese sich den größten Teil der Rendite aneignen, die durch eine kollektive Anstrengung all derer erarbeitet worden ist, die sich in der Sphäre des Unternehmens engagieren, entspricht nicht den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Fairness. Aber genau diese Tendenz liegt dem entfesselten Finanzkapitalismus zugrunde, der den Unternehmerkapitalismus und den Managerkapitalismus abgelöst hat.¹⁵ Die Unternehmen

werden als reine Kapitalanlage, als Vermögensmasse in den Händen der Finanzinvestoren bzw. der Anteilseigner betrachtet. Die Manager haben ausschließlich deren Interessen zu bedienen. Die gesellschaftliche Machtverschiebung und die Schieflage der Einkommensverteilung, die daraus erwächst, kann an einem Schaubild über die Entstehung und Verwendung der unternehmerischen Wertschöpfung veranschaulicht werden.

Unternehmerische Wertschöpfung

<i>Quellen</i>	<i>Verteilung</i>	<i>Empfänger</i>	<i>Verteilungsregel</i>
Arbeitsvermögen	Lohn / Gehalt	Mitarbeiter / -innen	Kosten = min!
Naturvermögen	Umweltabgaben	Natürliche Umwelt	Kosten = min!
Gesellschaftsv.	Steuern / Beiträge	Staat	Kosten = min!
Geldvermögen	Zinsen	Anteilseigner	Gewinn = max!
	Reingewinn		

Die unternehmerische / volkswirtschaftliche Wertschöpfung (Faktoreinkommen / bewertete Güter) entsteht durch den Einsatz von vier typisierten Faktoren, das Arbeits-, Natur-, Gesellschafts- und Geldvermögen. Deren Nutzung wird in Form von Löhnen und Gehältern, von Umweltabgaben, von Steuern und Beiträgen sowie von Zinsen (auf Eigen- bzw. Fremdkapital) entgolten. Die kollektiven Empfänger der Entgelte sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die natürliche Umwelt, der Staat und die Anteilseigner bzw. Gläubiger. Gemäß der Verteilungsregel einer kapitalistischen Marktwirtschaft, die durch das primäre Machtgefälle von Kapital und abhängiger Arbeit bestimmt ist, werden drei Faktoren als Kosten definiert und mit einem möglichst niedrigen Entgelt abgefunden, während der verbleibende Überschuss (Reingewinn) als das eigentliche Unternehmensziel definiert und folglich den Kapitaleignern zugewiesen wird. Die Machtverhältnisse einer pluralen Klassengesellschaft im Finanzkapitalismus bestimmen die Einkommensanteile der abhängig Beschäftigten, des Staates und der Gesellschaft sowie der natürlichen Umwelt, die ihnen aus der unternehmerischen Wertschöpfung zufließen.

"Die Zukunft der Arbeit ist die Arbeit an den Menschen". Eine solche Zukunft ist nur erstrebenswert, wenn sie eine gute und gerecht entlohnte Arbeit bietet. Diese ist jedoch nicht schon dadurch gesichert, dass die industrielle Konsumgesellschaft die Schwelle zur kulturellen Dienstleistungsgesellschaft überschreitet. Denn die als "tertiäre Zivilisation" charakterisierten Veränderungen des Verbraucherverhaltens und eines flexiblen Produktionsprozesses haben zwar flache Hierarchien eingerichtet, autonome Gruppen und so genannte Arbeitskraftunternehmer hervorgebracht, die ihre Arbeitsbedingungen und Arbeitszeiten eigenständig gestalten und zwischen Betriebszeit und privater Sphäre fließende Grenzen einrichten konnten. Aber gleichzeitig wurde auch die Ambivalenz derartiger Veränderungen, ja sogar eine "tertiäre Krise" beobachtet.¹⁶ Die ursprünglichen

Verheißungen, dass eine stagnierende Nachfrage nach Industriegütern nahtlos in eine kaufkräftige Nachfrage nach personennahen Diensten übergehen würde, haben sich nämlich nicht erfüllt. Und die Erwartungen, dass der allgemein hohe Standard der industriellen Arbeitsbeziehungen beim Übergang in die Dienstleistungswirtschaft beibehalten würde, sind enttäuscht worden. Niedrige Einkommen und unregelmäßige Beschäftigung, die Spaltung der Belegschaften in eine Elite von Wissensarbeitern einerseits und un- oder angelernte Hilfskräfte andererseits, miserable Arbeitsbedingungen niedrig qualifizierter Beschäftigter in kleinen, oft scheinselfständigen Dienstleistungsunternehmen auf heftig umkämpften Märkten bestimmen das Panorama der angeblichen "tertiären Zivilisation". Offensichtlich ist über der Darstellung der technischen, organisatorischen und kommerziellen Veränderungen der Blick auf die Machtverschiebung zugunsten der Kapitaleigner bzw. Finanzmanager und zu Lasten der Arbeitnehmer in einem entfesselten Finanzkapitalismus verloren gegangen. Dieses Gleichgewicht der Macht und damit einer fairen Verteilung von Einkommen, Zeitautonomie und Lebensqualität für alle muss erst noch wieder gewonnen werden, damit die Zukunft der Arbeit, die Arbeit an den Menschen menschlich wird.¹⁷

¹ Arendt, Hannah: *Vita activa*, Stuttgart 1960, 11 f.

² Miegel, Meinhard: Vollbeschäftigung - eine sozialromantische Utopie? in: Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog (Hg.): *Arbeit der Zukunft, Zukunft der Arbeit*, Schäffer-Poeschel : Stuttgart 1994, 37-49; Afheldt, Horst: *Wohlstand für Niemand?*, Kunstmann : München 1994; Beck, Ulrich: *Schöne neue Arbeitswelt*, Suhrkamp : Frankfurt am Main 1999; Gorz, André: *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Suhrkamp : Frankfurt am Main 2000; Rifkin, Jeremy: *Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft*, Campus : Frankfurt am Main 2004; Vgl. Werner, Götz W.: *Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen*, Verlag Freies Geistesleben : Stuttgart 2006.

³ Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit, Wort des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Bonn/Hannover 1997, 62.

⁴ Johannes Paul II. (1981): *Laborem exercens*, in: Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (Hg.) (1992) : *Texte zur Katholischen Soziallehre Band I, Die sozialen Rundschreiben der Päpste*, 8. Aufl. Ketteler : Bornheim / Butzon & Bercker : Kevelaer, 529-601, 571.

⁵ Vgl. Jahnke, Joachim: *Globalisierung: Legende und Wahrheit - eine Volkswirtschaftslehre für nicht ganz Dumme*, Aachen: Shaker Media 2008.

⁶ Vgl. Cohen, Daniel: *Unsere modernen Zeiten. Wie der Mensch die Zukunft überholt. Fehldiagnose Ende der Arbeit*, Frankfurt am Main: Campus 2001.

⁷ Vgl. Baethge, Martin und Wilkens, Ingrid (Hg.): *Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung*, Opladen: Leske + Budrich 2001; Fourastié, Jean: *Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts*, Köln: Bund 1954.

⁸ Vgl. Engels, Wolfram: *Stoppsignal*, in: *Die Wirtschaftswoche* 18 vom 25. 4. 1986, 144.

⁹ Vgl. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Band I-III, Bonn 1996/97, II, 1997, 13-17, 66f.*

¹⁰ Cohen, Daniel: *Unsere modernen Zeiten. Wie der Mensch die Zukunft überholt. Fehldiagnose Ende der*

Arbeit, Frankfurt am Main: Campus 2001, 98.

¹¹ Vgl. Müller-Kohlenberg, Hildegard und Münstermann, Klaus (Hg.): Qualität von humanen Dienstleistungen. Evaluation und Qualitätsmanagement in Sozialer Arbeit und Gesundheitswesen, Opladen: Leske + Budrich 2000.

¹² Vgl. Rügemer, Werner: Privatisierung in Deutschland, Westfälisches Dampfboot : Münster 2006.

¹³ Vgl. Heine, Michael / Herr, Hansjörg / Kaiser, Cornelia: Wirtschaftspolitische Regime westlicher Industrienationen, Baden-Baden: Nomos 2006.

¹⁴ Breuer, Rolf-E.: Die fünfte Gewalt, in: Die Zeit vom 24.4.2000, 21f.

¹⁵ Vgl. Windolf, Paul: Was ist Finanzmarktkapitalismus?; in: Ders. (Hg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Sonderband Nr. 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Wiesbaden: VS 2005, 20-57; Beckert, Jens / Ebbinghaus, Bernhard / Hassel, Anke / Manow, Philip (Hg.): Transformationen des Kapitalismus, Frankfurt am Main: Campus 2006; Reich, Robert: Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt, Frankfurt am Main: Campus 2008.

¹⁶ Baethge, Martin und Wilkens, Ingrid (Hg.): Die große Hoffnung für das 21. Jahrhundert? Perspektiven und Strategien für die Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung, Opladen: Leske + Budrich 2001, 10.

¹⁷ Vgl. Hengsbach, Friedhelm: Werner Sombart, Das Proletariat, Marburg: Metropolis 2008, 178-182.